

## Buchbesprechungen

*Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949-1956. Bearbeitet von Josef Kaiser. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Band 11, hersg. von Klaus Schönhoven und Hermann Weber, Bund-Verlag, Köln 1996, 938 S., 98 DM.*

Wenn die Universität Mannheim trotz ihres bisherigen Schweigens zur Nazi-Vergangenheit ihrer Vorgängerin, der Handelshochschule Mannheim, in der Welt der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften einen hohen Ruf genießt, so hat sie das vor allem den „Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ zu verdanken, die es von Erich Matthias begründet, bis heute unter der Leitung von Klaus Schönhoven und Hermann Weber auf zehn Bände gebracht und die deutsche Gewerkschaftsbewegung zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ausführlich dokumentiert haben. Ihnen schließt sich nunmehr der elfte Band an, der den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) von 1949 bis 1956 behandelt, und es unternimmt, seine „Innereien“ zu erforschen.

Der Bearbeiter, dem das DGB-Archiv zur Verfügung stand, hat daraus 110 Dokumente ausgewählt, die auf 938 Seiten, in herausforderndes Rot gebunden, einen zu vielseitigen Betrachtungen und kritischen Anmerkungen anregenden Einblick in die Werkstatt des DGB-Wirkens eröffnen. Josef Kaiser, der schon durch mehrere Veröffentlichungen zur Arbeiterbewegung auf sich aufmerksam machte, hat sich nicht mit dem Auswählen begnügt, sondern in einer unerhörten Fleißarbeit alle Dokumente mit einer Fülle von Fußnoten, Hinweisen und Erläuterungen versehen, die den Leser fast abschrecken könnten. Der Verlag hat darum vorsorglich vermerkt, daß sich der Band an Wissenschaftler, Studenten und Multiplikatoren sowie die historisch

interessierte Öffentlichkeit richte - also nicht an das „einfache Gewerkschaftsmitglied“. Aber gerade dem kann ich nur wünschen, daß es dem Werk kritisch lesend und stets mit den gegenwärtigen DGB-Problemen vergleichend zu Leibe rückt.

Hierfür hat ihm Josef Kaiser in seiner 45seitigen „Einleitung“, die Gründung, Aufgaben und Probleme des DGB, insbesondere aber auch sein „Führungspersonal“ behandelt, einen guten Leitfaden geliefert. Aus ihm sei hier stichwortartig zunächst hervorgehoben, daß die Wiedergründung der Gewerkschaften nach 1945 von Funktionären ausging, die sich schon in der Weimarer Republik gewerkschaftspolitisch betätigt hatten. Ihr gemeinsames Wollen war, eine „Einheitsgewerkschaft“ zu gestalten, was in der politischen Wirklichkeit dazu führte, daß Fehler gemacht wurden, die sich bis heute nachteilig auf die Gewerkschaftsbewegung auswirkten. So wurde der Leitsatz „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ so eng ausgelegt, daß Lösungen, die eine selbständige Angestelltenorganisation neben dem DGB verhindert hätten, nicht versucht wurden und auch verhinderte, daß es mit dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV) zu echter Zusammenarbeit kam. Erst heute hat sich das Zusammenspiel zwischen diesen drei Organisationen so entspannt, daß neue Lösungen möglich scheinen.

Die „Einheitsgewerkschaft“ erforderte aber auch menschliches Verständnis der aus verschiedenen politischen Lagern Gekommenen miteinander. Da waren einige aus der Emigration zurückgekehrt oder hatten die Hitlerjahre ohne Schaden für ihre politische Integrität überlebt, während andere diese Zeit weniger glücklich durchlebten und Kompromisse eingingen. Wer die Protokolle der Bundesvorstands-Sitzungen liest, wie dort um die politische Zukunft der tatsächlich oder vorgeblich „Gestrauchelten“ ge-

stritten wurde, muß dem DGB Glück wünschen, daß der nur über wenige „Fälle“ (Pahl, Hans vom Hoff, Wagenführ, Grosse, Hörn, Deist) zu entscheiden hatte. Gleichwohl können sie für die Gewerkschaftler, die heute über ehemalige oder neue Ost-Kollegen und ihre noch nicht bewältigte Vergangenheit zu sprechen haben, von Nutzen sein.

Neben dem menschlichen Verständnis war freilich für das „Führungspersonal“ des DGB auch die politische Neutralität gegenüber den politischen Parteien und dem Parlament wichtig. Es läßt sich nicht leugnen, daß dagegen von den Beteiligten wiederholt verstoßen wurde. Da sich an der Neugründung der Gewerkschaften weitaus mehr ehemalige Mitglieder des ADGB beteiligt hatten als solche aus den beiden anderen Gewerkschaftsbünden, gehörten dem Vorstand des DGB bei zunächst 11 Mitgliedern neun an. Die Mitglieder der SPD waren zwei (Föcher, Harmuth), die zur CDU/CSU zählten und einer (Rosenberg), der aus der liberalen Angestelltenbewegung kam und ebenfalls zur SPD gehörte. Die große „linke“ Dominanz, die mehr oder minder stark auch in den Einzelgewerkschaften herrschte, hat in den Jahren vor 1953 zur Vernachlässigung der Minderheitenprobleme geführt, die sich für den DGB belastend auswirkten.

In jeder demokratisch verfaßten politisch tätigen Organisation gibt es - wie die Soziologie weiß -, „Seilschaften“ von „Linken“ und „Rechten“, von „Radikalen“ und „Reformern“ - und so haben in jenen früheren Jahren Kreise, etwa um den Frankfurter Metalller und SPD-Mann Siggie Neumann, und andere Gruppen versucht, ihre Programmansichten und Wünsche durchzusetzen - was ihnen, als die CDU bei den Bundestagswahlen die Mehrheit errungen hatte, nunmehr von den christlichen Gewerkschaftlern um Jakob Kaiser, Karl Arnold und anderen Mitgliedern ihres Kreises hart vorgehalten wurde und zu anmaßenden Forderungen ausuferte. Beide Seiten haben aus diesem parteipolitischen Einwirken auf Planungen und Beschlüsse des DGB

gelernt. Die bedrohte Einheit der im DGB vereinten Gewerkschaften ist erhalten geblieben, hat den Beteiligten aber über Jahre viel Mühen abgefordert, die für die Meisterung aktueller gewerkschaftspolitischer Fragen hätte fruchtbarer sein können.

Bei einigen Dokumenten wird die veränderte Wiederkehr einzelner Probleme deutlich. So wird 1954 (Dokument 70) im Bundesvorstand die Forderung der HBV nach einem arbeitsfreien Wochenende für Einzelhandelsangestellte unterstützt (der 1956 durch das Ladenschlußgesetz weitgehend entfernt wurde), während heute von der Regierungskoalition alles geschieht, um die Wochenenden (nicht nur für den Einzelhandel) wieder mit Lohnarbeit aufzufüllen. Andere Dokumente berichten nur unzulänglich über wichtige Vorhaben und Beschlüsse, wie beispielsweise die Versuche gewerkschaftlicher Filmarbeit um Rundfunkaktualitäten oder über das Scheitern, eine eigene Tageszeitung herauszugeben.

So gesprächig manche Protokolle von Sitzungen des Bundesvorstands oder Bundesausschusses sind (einige umfassen 15 bis 20 Druckseiten), so sehr schweigt sich andererseits das „Führungspersonal“ über Fragen aus, die für die gewerkschaftliche Öffentlichkeit bedeutungsvoll waren und meist noch sind: von den Gewerkschaftsunternehmen erfährt der Leser kaum ein Wort, und wer hofft zu erfahren, wer (und wie) über die Besetzung von Gremien und über die Bestellung von Aufsichtsräten entscheidet, wird hier vergeblich forschen.

Die Dokumentation endet mit dem Vierten Bundeskongreß des DGB 1956, auf dem eine „Verjüngung des Bundesvorstands“ erfolgte und Willi Richter zum DGB-Vorsitzenden gewählt wurde. Es ist im Rahmen dieser Besprechung nicht möglich zu vergleichen, ob die neue Führung mit den vielen noch unbewältigten Problemen (Westintegration, Wiederbewaffnung, Wiedervereinigung, Ausbau der Mitbestimmung, Sozialpolitische Neuordnung, neues Aktionsprogramm usw.)

besser fertig wurde als ihre Vorgängerin; dies wird einer neuen Quellenschrift vorbehalten bleiben, die von den Mannheimer Herausgebern sicher schon in Aussicht genommen ist.

Die vorliegende Dokumentation kann bis dahin wohl als „Bibel des DGB“ angesprochen werden. Sie spiegelt Aufbruch und Zuversicht, Bekenntnis und Hoffnung wider, aber auch Enttäuschung darüber, daß vieles, was erreichbar gewesen wäre, nicht mit voller Kraft versucht wurde.

*Kurt Hirche,  
Bonn*

*Uwe Jean Heuser, Tausend Welten. Die Auflösung der Gesellschaft im digitalen Zeitalter, Berlin Verlag, 1996, 232 S., 36DM*

Für notorische Optimisten gerät der Weg in eine digital vernetzte Welt zu einem umfassenden Befreiungsschlag. Bau und Betrieb von Infobahnen, so ihre Vision, überwinden wirtschaftliche Stagnation und Arbeitslosigkeit, sie beenden herkömmliche Massenproduktion und die Zerstörung der Umwelt, sie sprengen das starre Zeit-Raum-Korsett der Industriegesellschaft. Diese Visionen stellt Heuser nicht in Abrede. Doch die schöne neue Welt ist für ihn nicht zwangsläufige Folge des Aufbruchs zu neuen Horizonten des digitalen Zeitalters. Er legt dar, daß auf dem Weg dahin auch Verluste auftreten und traditionelle Optionen entfallen. Im Gefüge der Gesellschaft entstehen dabei tiefe Risse. Dieser Prozeß, der Wandel vom industriellen ins digitale Zeitalter ist bereits im vollen Gang. Er verändert Arbeitsbedingungen, Qualifikationen und den privaten Alltag, er erzwingt neue Unternehmensstrategien und Reaktionsmuster.

Der Abschied von der Industriegesellschaft ist für Heuser „eine tiefgreifende Revolution“ (S. 14), in deren Gefolge eine neue „Ideenökonomie“ entsteht. Produkte, die vollständig oder zu großen

Teilen aus Software bestehen, bilden ihre Grundlage. Ideenprodukte und moderne Wissensarbeiter gewinnen gegenüber traditionellen Produktionsfaktoren an Bedeutung. Der Wettbewerb in der Ideenökonomie beendet eine stabile Konkurrenz zwischen Unternehmen. Diese können sich immer weniger auf ihre Marktposition verlassen. Auf den Ideenmärkten, so Heuser, kommt es zu einem schnellen Auf und Ab, das sich auf das Beschäftigungssystem überträgt - in der Informationsgesellschaft bilden sich tausend Arbeitswelten heraus. Die Infobahn läßt Arbeit international mobil werden, sie macht die Arbeitsmärkte grenzenlos. „Netzunternehmen“ der Informationsgesellschaft verzichten weitgehend darauf, ihre Mitarbeiter dauerhaft zu beschäftigen und unter einem Dach zu versammeln. Folge ist die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses. Sie bewirkt, daß individuelle und kurzfristige Leistung an Bedeutung gewinnen, sie läßt das Erwerbsleben für die meisten Arbeitskräfte unsicherer werden, und sie erzwingt mehr Selbständigkeit in der Arbeit.

Die Auflösung bisheriger Arbeitsstrukturen und -formen verweist auf das „Ende der Gemeinsamkeit“ als neues und wenig beachtetes Merkmal gesellschaftlicher Veränderung. „Auf diversen Ebenen“, so Heusers Zwischenfazit, „bildet sich in der Informationsgesellschaft ein Trend zur Entsolidarisierung. Alte gemeinschaftsbildende Institutionen lösen sich auf, herkömmliche Ausdrucksformen impliziter Solidarität gehen verloren“ (S. 88). Betroffen davon sind vor allem die Gewerkschaften als Produkt des industriellen Zeitalters und seiner Arbeitswelt. Heuser ist weit davon entfernt, dies zu bejubeln. Aus seiner Sicht kommt es vielmehr darauf an, „die Möglichkeiten der digitalen Revolution auszuschöpfen, ohne sich von ihr die Wertvorstellungen und den gesellschaftlichen Aufbau diktieren zu lassen“ (S. 202). Voraussetzung dafür sind Suche und Verwirklichung neuer Formen von Gemeinschaft und Solidarität.

Antworten auf die sich stellenden Fragen gibt Heuser nicht. Aber er macht auf zwei Sackgassen bei der Suche nach Antworten aufmerksam. Eine mündet in eine Kopie amerikanischen Modells von Wirtschaft und Gesellschaft. Mit seinen ausgeprägten Merkmalen der Dezentralisierung, der Differenzierung und der Flexibilität erscheint es ihm zwar geeignet, ökonomische und soziale Umbrüche auf dem Weg in die Informationsgesellschaft zu erleichtern, andererseits weist es jedoch „ausgesprochen dunkle Seiten“ auf und ist Gegenstand harscher Kritik. Es verkörpert deshalb keinen Königsweg, um im digitalen Zeitalter zu bestehen (S. 109). Eine zweite Sackgasse öffnet sich, wenn virtuelle Clubs an die Stelle herkömmlicher Gemeinschaften und Solidarität treten sollen. Für Heuser, der die Erfahrungen amerikanischer Netzreisender und Netzfrende gründlich studiert hat, gilt: „Die Freiheit der Netze ist trügerisch. Entgegen den Versprechen von Digitalutopisten schaffen sie keine gemeinsamen, womöglich gar globalen Werte, sondern streichen die Unterschiede zwischen den Menschen heraus. Sie ermöglichen es dem einzelnen, sich irgendwo auf der Welt Gleichgesinnte zu suchen und sich von allen anderen abzugrenzen“. Die Nut-

zung der Netze und ihrer Vorteile geht mit Abschottung „vor den meisten Problemen und Anforderungen realer Gemeinschaften“, aber nicht mit sozialer Verantwortung einher (S. 138). Doch diese ist unerlässlich, denn „in der „risikoreichen Wirtschaftswelt des digitalen Zeitalters nehmen die sozialen Aufgaben keinesfalls ab“ (S. 149). Erst ihre Bewältigung verleiht neuen Freiheiten der Netzwelt und der Ideenökonomie dauerhaften Bestand.

Deshalb ist der Übergang ins digitale Zeitalter nicht nur eine Angelegenheit von Technikern, Produktentwicklern und Marketingexperten. Weil die Gesellschaft aufgefordert ist, auf sich vergrößernde Risse in ihrem sozialen Gefüge zu reagieren, wird die Gestaltung des Weges in die Informationsgesellschaft zur Aufgabe „für Pioniere einer neuen sozialen Verfassung“ (S. 208). Diesen müsse, so Heuser, unter dem Motto „Experimente, Experimente!“ der erforderliche Freiraum gewährt werden. Mit seinem Plädoyer, der Umkehrung eines bekannten Wahlslogans, grenzt er sich engagiert von alten und neuen Anhängern eines digitalen Technik-Determinismus ab.

*Roland Schneider,  
Düsseldorf*